



1. Dezember 2019

## Keine Schwächung des Faches Wirtschaft und Recht in der Oberstufe!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn des Dialogprozesses zum neuen neunjährigen Gymnasium im April 2017 versicherte der damalige Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Wir können viele Fächer stärken, nicht eines wird schlechter gestellt.“<sup>1</sup>

Laut derzeitigem Stand zeichnet sich nun ein anderes Bild ab. Wirtschaft und Recht muss nun nicht mehr im Wahlpflichtbereich über zwei Jahre hinweg belegt werden, sondern kann zugunsten von Politik und Gesellschaft nach der 12. Jahrgangsstufe abgewählt werden. Das bedeutet eine deutliche Schwächung des Faches in der Oberstufe und damit einen Widerspruch zu den damaligen Versprechungen des Staatsministers.

Des Weiteren ist Wirtschaft und Recht zusammen mit den Fächern Geschichte, Politik und Gesellschaft sowie Geographie **eines der gleichberechtigten Leitfächer** für die in der gymnasialen Oberstufe zu stärkende **politische Bildung**.

Auch vor diesem Hintergrund ist die Schwächung unverständlich und falsch, wie folgende Argumente klar zum Ausdruck bringen:

- 1) Politische Entscheidungen werden **im Kontext wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen und Auswirkungen** analysiert, verstanden und nachvollzogen – das sind genau die Kompetenzen, die Schülerinnen und Schüler im Fach Wirtschaft und Recht in der Oberstufe erwerben. Politische Bildung ist ohne ökonomische und rechtliche Grundbildung ein theoretisches Konstrukt fernab jeglicher Handlungsrealität!
- 2) Ohne wirtschaftspolitische und ökonomische Grundlagen können politische Programme und Vorschläge im Rahmen der politischen Meinungsbildung nicht kritisch reflektiert werden. Das öffnet dem Populismus Tür und Tor: **Populistische**, aber wirtschaftlich unrealistische **Forderungen können ohne das nötige Verständnis nicht enttarnt werden**. Der Aufschwung der politischen Ränder fußt nicht zuletzt auf ökonomischem Unwissen und primitivökonomischen falschen Parolen, die von zu großen Teilen der Gesellschaft nicht entlarvt werden können.

---

<sup>1</sup> <https://www.km.bayern.de/lehrer/meldung/5360/studentenafel-zum-neuen-bayerischen-gymnasium-vorgestellt.html>

- 3) **Unverzichtbare rechtliche Bildung:** Im Teilbereich Recht entwickeln die Schülerinnen und Schüler ein **tiefes Verständnis für die Werte, den Aufbau und die Funktionsweise unseres Rechtsstaats**, was angesichts einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft immer wichtiger wird. Bei der Koppelung politischer, ökonomischer und rechtlicher Inhalte in einem Fach hat Bayern zudem eine Vorreiterrolle im gesamten Bundesgebiet.
- 4) Während **andere Bundesländer versuchen, ein eigenständiges Fach Wirtschaft einzuführen**, wird im wirtschaftlich starken **Bayern** die Stundenzahl dieses Faches **reduziert**. In der Diskussion um **Alltagskompetenzen und Lebensökonomie** gibt das Fach Wirtschaft und Recht in vielen Bereichen der Mittelstufe die Antwort: **Finanzielle Allgemeinbildung, Schutz vor Verschuldung, ökonomische Verbraucherbildung, rechtliche Grundlagen**. Den darauf aufbauenden möglichen Kompetenzerwerb in der Oberstufe zu wichtigen Themen wie **Wirtschaftspolitik, Geldpolitik, Ansprüchen bei Leistungsstörungen, Strafrecht** nun zu verringern ist unverständlich und nicht nachvollziehbar.
- 5) Nicht zuletzt sind wir überzeugt, dass die **wirtschaftliche Stärke des Freistaats Bayern** auch auf der **wirtschaftlichen Kompetenz** der jungen Generation fußt.

Vor dem Hintergrund dieser Argumente scheint der Entwurf der Studententafel für die neue Oberstufe einen zu großen Fokus auf politische Theorie und Geschichtswissen zu legen, statt auch ein Augenmerk auf die wirtschaftlichen Auswirkungen operativen politischen Handelns zu legen. Eine Gleichbehandlung aller Leitfächer für politische Bildung ist in unseren Augen dringend anzustreben (vgl. dazu die Lösungsvorschläge im Anhang)!


Mit freundlichen Grüßen



---

Birgit Hollerbach

Vorsitzende der Landesfachgruppe Wirtschaft und Recht im Bayerischen Philologenverband sowie des Wirtschaftsphilologenverbands Bayern e. V.



---

Tobias Tyll

1. Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsphilologenverbands Bayern e. V.

## Anhang

### **Lösungsmöglichkeiten für die Stundentafel**

Gleichstellung aller vier Leitfächer der politischen Bildung in der Qualifikationsstufe:

Wochenstunden	Q12	Q13
Geschichte	6 („3 aus 4“)	4 („2 aus 4“)
Politik und Gesellschaft		
Geographie		
Wirtschaft und Recht		

Zumindest eine Nicht-Schlechterstellung des Fachs WR bei gleichzeitiger Stärkung des Fach PuG im Vergleich zur aktuellen Oberstufe ließe sich z. B. wie folgt darstellen:

Wochenstunden	Q12	Q13
Geschichte	2	2
Politik und Gesellschaft	2	
Geographie	2	2
Wirtschaft und Recht		

Alternativ gäbe es auch folgende Möglichkeit:

Wochenstunden	Q12	Q13
Geschichte	2	2
Politik und Gesellschaft	4 („2 aus 3“)	2 („1 aus 3“)
Geographie		
Wirtschaft und Recht		